
14849/AB XXIV. GP

Eingelangt am 14.08.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0236-III/4a/2013

Wien, 13. August 2013

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 15168/J-NR/2013 betreffend Umsetzung des SP-VP-Regierungsprogrammes für die XXIV. Gesetzgebungsperiode - Bereich Bildung: Abschaffung der Landesschulräte, die die Abg. Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen am 14. Juni 2013 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Eine solche Abschaffung der bundesverfassungsgesetzlich vorgesehenen Landesschulräte wäre dem Bundesverfassungsgesetzgeber vorbehalten.

Es wird in diesem Zusammenhang jedoch darauf hingewiesen, dass die von den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Landesregierungen am 12. Juli 2012 eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Verhandlung von Verwaltungsreformaßnahmen im Bildungsbereich das Ergebnis gebracht hat, dass der Bundesregierung und dem Parlament eine Änderung der Bundesverfassung im Bereich der Bezirksschulräte vorgeschlagen wird. Bundesweit sollen diese Bundesbehörden inklusive Kollegien wegfallen, die bundesrechtlich geregelte Zuständigkeit der Bezirksschulräte geht auf die Landesschulräte über, Bezirksschulinspektoren werden zu Organen der Landesschulräte, auf Bezirksebene fällt damit die Behördeninstanz weg. Eine Abschaffung der Landesschulräte und ihrer Kollegien erschien der Arbeitsgruppe nicht konsensfähig und wurde daher nicht weiter verfolgt.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die Änderung der Bundesverfassung im Bereich der Bezirksschulräte ist Gegenstand eines Schulbehörden – Verwaltungsreformgesetzes 2013 (RV 2412 dB. XXIV. GP), das vom Nationalrat in seiner Sitzung am 5. Juli 2013 bei Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit in dritter Lesung angenommen wurde.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.